DIE FRAGE

# Bis 2030 sollen weltweit 30 Prozent der Land- und Meeresflächen wirksam geschützt sein, so wurde es 2022 in Montreal beschlossen. Woran werden wir 2030 erkennen, dass Deutschland seinen Beitrag zu diesem Ziel nicht nur auf dem Papier geleistet hat?

## WAS WIR BEOBACHTEN

Viele Flächen sind formal geschützt, wirksam geschützt ist nur ein kleiner Teil. Oft sind Schutzgebiete klein, liegen auf Restflächen und sind nicht vernetzt, sodass Arten nicht wandern können. Gleichzeitig schrumpfen die Lebensräume, und die Bestände wildlebender Arten gehen massiv zurück.

## WEN ES BETRIFFT

Alle Menschen, denn eine intakte Natur sichert unser Überleben. Besonders unmittelbar betrifft es zum Beispiel:

– einen Obstbauern, dessen Ernte von Bestäubern abhängt
– eine Landwirtin, deren Äcker für einen Biotopkorridor gebraucht werden

## WORAUF ES UNS ANKOMMT

**Uns kommt es darauf an, dass Schutzgebiete wirksam und vernetzt sind und dass sie es bleiben, weil die Menschen vor Ort mitwirken und die Lasten des Schutzes fair verteilt werden.**

DIE FRAGE

# Seit 2026 fördert Ihr Ministerium Stadtbäume, Grünflächen und Entsiegelung in Kommunen in der Regel nur noch mit 50 statt 80 Prozent. Wie verhindern Sie, dass Grün künftig nur dort entsteht, wo Kommunen sich den Eigenanteil leisten können?

## WAS WIR BEOBACHTEN

Kommunen müssen nun die Hälfte der Kosten für Stadtbäume, Grünflächen und Entsiegelung selbst tragen. Selbst finanzschwache Kommunen zahlen ein Fünftel statt eines Zehntels. Damit werden ihnen Spielraum und Handlungsmöglich-keiten genommen.

## WEN ES BETRIFFT

– eine Kämmerin, deren Stadt in der Haushaltssicherung ist und die nun den doppelten Eigenanteil aufbringen muss
– Kinder an einer Grundschule, deren Schulhof nicht entsiegelt wird, weil das Geld nicht reicht
– Menschen in dicht bebauten Vierteln, in denen im Sommer Grün und Schatten fehlen

## WORAUF ES UNS ANKOMMT

**Uns kommt es darauf an, dass alle Kommunen handlungs-fähig bleiben, damit Stadtgrün dort entsteht, wo es gebraucht wird, und nicht nur dort, wo das Geld reicht.**

DIE FRAGE

# Die E-Auto-Prämie gibt Haushalten mit kleinerem Einkommen mehr. Doch wer zur Miete wohnt und öffentlich laden muss, zahlt pro Kilowattstunde oft deutlich mehr als mit eigener Wallbox. Wie wird E-Mobilität auch für Menschen ohne Wohneigentum bezahlbar?

## WAS WIR BEOBACHTEN

Wer ein eigenes Haus mit Stellplatz hat, kann günstig zu Hause laden. Wer zur Miete wohnt, ist meist auf öffentliche Ladesäulen angewiesen. Dort zahlt man mehr, findet zu wenige funktionierende Ladepunkte und blickt bei Anbietern und Tarifen kaum durch.

## WEN ES BETRIFFT

– eine Pflegekraft im Schichtdienst, die zur Miete in einem Altbau ohne eigenen Stellplatz wohnt
– eine Alleinerziehende in einer Platten-bausiedlung, in der es kaum öffentliche Ladepunkte gibt

## WORAUF ES UNS ANKOMMT

**Uns kommt es darauf an, dass klimafreundliche Mobilität nicht davon abhängt, ob man Wohneigentum hat, und dass nicht gerade Haushalte mit weniger Geld fürs Laden mehr zahlen.**

DIE FRAGE

# Was tut Ihr Ministerium, damit Deutschland nicht mehr Ressourcen verbraucht, als ihm innerhalb der planetaren Grenzen gerechterweise zusteht?

## WAS WIR BEOBACHTEN

Sieben von neun planetaren Grenzen sind überschritten, und die Belastung nimmt weiter zu. Die Folgen sind Artensterben, Extremwetter, steigende Reparaturkosten und wachsende soziale und globale Ungleichheit. Reiche Länder verbrauchen weit mehr, als ihnen zusteht, und auch innerhalb der Länder gilt: Je höher das Einkommen, desto größer der Fußabdruck.

## WEN ES BETRIFFT

Alle Menschen, aber nicht alle gleich:

– einen Kleinbauern im Globalen Süden, dessen Ernte in Dürrejahren ausfällt, obwohl er kaum etwas verbraucht
– eine Rentnerin, die in ihrer Dachgeschosswohnung Hitzesommer kaum noch verkraftet
– ein Kind, das heute geboren wird und das Jahr 2100 noch erleben wird

## WORAUF ES UNS ANKOMMT

**Uns kommt es darauf an, dass Deutschland innerhalb seines gerechten Anteils an den planetaren Grenzen lebt und dass die Ärmeren, hier wie weltweit, dabei nicht die Last tragen.**

DIE FRAGE

# Sie wollen Klimaanpassung zur Gemeinschafts-aufgabe von Bund und Ländern machen. Wie stellen Sie sicher, dass dabei auch Kommunen und Menschen vor Ort mitbestimmen und die Umsetzung bezahlbar bleibt?

## WAS WIR BEOBACHTEN

Kommunen müssen zunehmend Konzepte erstellen, etwa zur Klimaanpassung. Die Umsetzung der Maßnahmen ist aber meist freiwillig, und wer sie bezahlt, ist ungeklärt. Bei leeren Kassen wird sie deshalb leicht verschoben oder gestrichen. Über Ziele und Förderprogramme entscheiden Bund und Länder, die Kommunen setzen um. Und die Menschen vor Ort erfahren von Maß-nahmen oft erst, wenn sie schon beschlossen sind.

## WEN ES BETRIFFT

– eine Oberbürgermeisterin mit leerer Haushaltskasse, die ein Klimaanpas-sungskonzept vorlegen soll, aber kein Geld für die Umsetzung hat
– einen Anwohner, dessen Straße zum Schutz vor Überflutung bei Starkregen umgebaut wird und der erst davon erfährt, wenn alles entschieden ist

## WORAUF ES UNS ANKOMMT

**Uns kommt es auf eine gerechte Verteilung von Aufgaben und Ressourcen an: Wer vor Ort umsetzen soll oder betroffen ist, muss mitentscheiden können, und die Kommunen müssen dafür ausgestattet sein.**

DIE FRAGE

# Viele Menschen haben schon erlebt, wie ganze Industrien wegbrechen und ihre Berufswege entwertet werden. Ihr Ministerium verantwortet die Klimaziele der Bundesregierung. Wie verhindern Sie, dass diese Menschen den klimagerechten Umbau unserer Wirtschaft als nächste Entwertung erleben?

## WAS WIR BEOBACHTEN

Wer schon erlebt hat, dass Beruf und Lebensleistung nicht mehr zählten, begegnet dem klimagerechten Umbau oft mit Misstrauen und verklärt das Vergangene. Was diese Menschen bereits bewältigt haben, wird selten anerkannt. Ablehnung entsteht dabei weniger aus Unwissen als aus der Angst vor erneutem Verlust.

## WEN ES BETRIFFT

– einen Industriemechaniker Ende 50, der nach der Wende den Betrieb wechseln musste und jetzt bei einem Autozulieferer um seine Stelle bangt
– einen Landwirt, dessen Betrieb heute mit Dürrejahren und dem Umbau der Landwirtschaft ringt und dem die Kraft für einen weiteren Neuanfang fehlt

## WORAUF ES UNS ANKOMMT

**Uns kommt es darauf an, dass die Menschen den Umbau mitgestalten können, statt ihn erneut über sich ergehen zu lassen, und dass sie dabei eine verlässliche Perspektive für Arbeit und Einkommen haben.**

DIE FRAGE

# Für Energiepolitik ist vor allem das Wirtschafts-ministerium zuständig, für Klima- und Natur-schutz Ihr Haus. Wie sorgen Sie gemeinsam dafür, dass Menschen Windräder vor ihrer Haustür nicht nur dulden, sondern über sie mitbestimmen und selbst davon profitieren?

## WAS WIR BEOBACHTEN

Wo Gewinne und Nutzen von Windparks nicht in der Region bleiben, wächst die Ablehnung. Finanzielle Beteiligung und echte Mitsprache können helfen, Akzeptanz zu steigern und Missverständnisse sowie politische Instrumentalisierung zu verringern. Wechselnde Regeln und verteilte Zuständigkeiten machen es zusätzlich schwer, Vertrauen aufzubauen.

## WEN ES BETRIFFT

– Anwohnerinnen und Anwohner in Sichtweite einer geplanten Anlage, die vom Ertrag nichts haben
– einen Landwirt, der fürchtet, seine gepachteten Felder zu verlieren, wenn der Eigentümer sie lieber an einen Windpark-betreiber verpachtet
– eine Gemeinde, die ohne verlässliche Regeln nicht planen kann, was ihr der Windpark einbringt

## WORAUF ES UNS ANKOMMT

**Uns kommt es darauf an, dass Windkraft vor Ort zur gemeinsamen Sache wird: mit verbindlicher Mitsprache, fairer Teilhabe am Nutzen, Ausgleich für die Natur vor Ort und Regeln, auf die man sich verlassen kann.**

DIE FRAGE

## Ihr Gesetzentwurf soll natürliche Infrastruktur stärken. Doch gegenüber Stromnetzen, Wind- und Solarparks oder Mobilfunk soll der neue Vorrang für Schutzgebiete nicht gelten. Wie wollen Sie so aus der Polarisierungsfalle zwischen technischer und natürlicher Infrastruktur herauskommen?

WAS WIR BEOBACHTEN

Technische Infrastruktur wird beschleunigt und rechtlich bevorzugt, die natürlichen Lebensgrundlagen werden ungleich gewichtet. Auch im neuen Entwurf erhalten nur Schutzgebiete und intakte Moore einen Vorrang. Bei Eingriffen in alle übrigen wertvollen Naturflächen steigt lediglich der Ausgleich um 20 Prozent, und er darf künftig auch in benachbarten Naturräumen erfolgen. In der Folge entsteht ökologische und soziale Ungerechtigkeit.

WEN ES BETRIFFT

Alle, denn wir alle leben von funktionierender Natur. Besonders spürbar wird es zum Beispiel für:

- ältere Menschen in einem dicht bebauten Viertel, deren kühlende Frischluftschneise am Stadtrand für ein Bauprojekt geopfert werden kann
- Familien in einer Region, deren Trinkwasser aus Wäldern und Auen stammt, für die es keinen Vorrang gegenüber Bauprojekten gibt
- Ehrenamtliche, die seit Jahren einen Biotopkorridor pflegen, der für ein Netzprojekt zerschnitten werden kann

WORAUF ES UNS ANKOMMT

**Uns kommt es darauf an, dass natürliche und technische Infrastruktur gleichwertig abgewogen und gewichtet werden.**